

Inhaltsübersicht

Vorwort	III
Inhaltsverzeichnis	XI
Abkürzungsverzeichnis	XXIII
Literaturverzeichnis	XXIX

Einleitung	1
I. Einführung, Gegenstand der Arbeit, Themenabgrenzung, Herangehensweise	1
II. Hauptforschungsfrage der Arbeit	10
III. Methode der Arbeit und Rechtfertigung des Rechtsvergleiches	11

1. Teil: Grundlagen der vertraglichen Haftung für Mangelfolgeschäden und für Folgekosten	15
---	----

1. Kapitel: Grundlagen der vertraglichen Haftung für Mangelfolgeschäden	17
I. Mangelfolgeschäden	17
II. Haftungsgrund – Rechtswidrigkeit	22
A. Leistungspflichtverletzung versus Schutz- und Sorgfaltspflichtverletzung	22
B. Sorgfaltswidrigkeit	30
C. Vergleich mit dem CISG	38
III. Schadensberechnung und Unterscheidung nach dem Haftungsgrund	41
A. Grundzüge der Schadensberechnung	43
B. Zweck der objektiv-abstrakten Schadensberechnung	44
IV. Beweislastumkehr	51
V. Zurechnung des Verhaltens von Dritten	56
A. Grundzüge der Erfüllungsgehilfenhaftung	56
B. Haftung des Verkäufers/Werkunternehmers für das Herstellerverschulden nach Rsp und hA	58
C. Haftung des Zwischenhändlers für Herstellerfehlverhalten – Vergleich mit dem CISG	66
VI. Zusammenfassung	83

2. Kapitel: Grundlagen der gewährleistungsrechtlichen Haftung für Folgekosten	87
I. Abkehr vom bisher gefestigten Verständnis von Gewährleistung und Schadenersatz	87
A. EuGH Rechtsprechung	88
B. Rechtliche Beurteilung	89
C. Kritik an der Rechtsprechung	91
D. Untersuchung	92

V

II. Einführung in das Gewährleistungsrecht	92
III. Das Wesen des Nacherfüllungsanspruches	95
IV. Umsetzung der Rechtsprechung in das nationale Recht	97
A. RL-konforme Auslegung des § 932 Abs 2 ABGB in Bezug auf Aus- und Einbaukosten	98
B. RL-konforme Auslegung des § 8 Abs 3 KSchG in Bezug auf Aus- und Einbaukosten	101
V. Entkoppelung von Kostenersatz und Handlungspflicht – Ersatz von Transportkosten	105
A. Fälle	105
B. Handlungspflicht in Form der Transportlast und Nacherfüllungsort im ABGB	106
C. Entkoppelung der Transportlast von den Transportkosten im ABGB	111
D. Handlungspflicht in Form der Transportlast und Nacherfüllungsort im KSchG	114
E. Entkoppelung von der Transportkostentragung im KSchG	128
F. Zusammenfassung	134
G. Folgerungen für die weitergehende Untersuchung	135
VI. Kostenerstattungsanspruch	136
A. Rechtfertigung des verschuldensunabhängigen Ersatzes für bestimmte (Folge-)kosten	136
B. Abstrakte Abgrenzung	153
C. Folgen für andere Folgekosten	156
D. Zusammenfassung	180
VII. Verhältnis zwischen Handlungspflicht und Kostenerstattungsanspruch	181
A. Meinungsstand in der Literatur	181
B. Stellungnahme	183
VIII. RL-konforme Auslegung bei überschießender Umsetzung	190
A. Anwendungsbereich der VGK-RL	191
B. Dual-Use-Verträge	191
C. Gespaltene oder einheitliche Auslegung	213
IX. Rechtslage nach der Warenkauf-RL	218
A. Änderungen durch die Warenkauf-RL	218
B. Grundsatz der Vollharmonisierung	219
C. Erstreckung der gewährleistungsrechtlichen Nacherfüllungspflicht auf Folgekosten	220
X. Vertragliche Haftung für Folgekosten nach dem CISG	227
A. Allgemeines zum Konzept der Nacherfüllung	227
B. Haftung für Folgekosten am Beispiel von Aus- und Einbaukosten	230
C. Transportaufwendungen	239
D. Folgerungen	241

2. Teil: Begrenzung der vertraglichen Haftung für Mangelfolgeschäden und für Folgekosten	243
1. Kapitel: Die Vorhersehbarkeitsregel	247
I. Einführung in die Vorhersehbarkeitsregel nach Art 74 S 2 CISG	247
II. Maßstab an die Vorhersehbarkeit	249

III. Die Vorhersehbarkeitsregel als normative Begrenzung im CISG	251
A. Meinungsstand in der Literatur und Rechtsprechung	251
B. Stellungnahme zur Ableitung der Vertragsbezogenheit der Schutzzwecklehre aus der Vorhersehbarkeitsregel durch Rabel	252
C. Folgerungen für die normative Begrenzung im CISG	267
IV. Gegenstand der Vorhersehbarkeit – Entgelthöhe und Wertigkeit des Rechtsgutes	268
V. Exkurs: Die Vorhersehbarkeitsregel in Rechtsvereinheitlichungsprojekten ..	273
VI. Zwischenfazit	276
2. Kapitel: Begrenzung der Haftung im autonomen österreichischen Recht	277
I. Begrenzung der Zurechnung	277
II. Begrenzung der Haftung durch Verschulden? – Vergleich zwischen Verschulden und Vorhersehbarkeitsregel	278
A. Verschulden im autonomen österreichischen Recht	278
B. Verschulden im österreichischen Recht und Vergleich mit der Vorhersehbarkeitsregel	279
III. Begrenzung der Haftung durch Adäquanz	282
A. Grundzüge der Adäquanz	282
B. Perspektive	285
C. Wahrscheinlichkeitsgrad	286
D. Gegenstand der Vorhersehbarkeit	288
E. Zweck	289
F. Zwischenfazit	290
IV. Begrenzung der vertraglichen Haftung durch die Schutzzwecklehre	291
A. Grundzüge der Schutzzwecklehre	291
B. Das Verhältnis zwischen Adäquanz und Schutzzwecklehre	293
C. Schutzzwecklehre und Vorhersehbarkeitsregel	297
D. Kenntnis von ungewöhnlichem Risiko	306
E. Kritik	314
F. Gegenkritik	315
V. Flexibler Ansatz	316
A. Entgelthöhe	318
B. Vertragstypus und Verwendungszweck	326
C. Schwere des Verschuldens	334
D. Unkontrollierbarkeit der den Schadensumfang beeinflussbaren Umstände, Abhängigkeit des Schadensumfanges vom Willensentschluss des Dritten	339
E. Abgrenzung zur Schadensminderungsobliegenheit	347
F. Anwendung der Grundsätze der vertragsimmanenten Risikoverteilung auf Schutz- und Sorgfaltspflichten	351
G. Exkurs: Geldersatz für immaterielle Schäden in der Vertragshaftung und Schutzzwecklehre	354
VI. Zwischenfazit	367
A. Rechtsvergleichende Folgerung	367
B. Flexibler Ansatz	367

VII. Vorhersehbarkeitsregel als Auslegungsregel – Fälle	369
A. Zahlung einer Vertragsstrafe aus Drittvertrag – Silotrennwandfall	370
B. Zahlung einer Vertragsstrafe aus Drittvertrag – Beherbergungsfall.	372
C. Entgangener Weiterveräußerungsgewinn infolge Schlechterfüllung und Nichterfüllung	374
D. Mangelfolgeschäden infolge Abbruchs der Geschäftsbeziehung	376
E. Zwischenfazit	376
F. Aus- und Einbaukosten-Fälle	377
3. Kapitel: Begrenzung des Kostenerstattungsanspruches	379
I. Ableitung der Vorhersehbarkeitsregel aus den dem Kostenerstattungsanspruch zugrunde liegenden Prinzipien.	380
II. Begrenzung der Haftung für Folgekosten nach dem Kriterium „gemäß Art und Verwendungszweck“	381
A. Meinungsstand in der Literatur und Meinung des Generalanwaltes.	382
B. Stellungnahme	382
C. Umsetzung im nationalen Recht.	401
D. Rechtslage nach der WK-RL	402
III. Begrenzung der Kostenerstattung bei unverhältnismäßigen Kosten.	404
A. Vorgaben des Unionsrechts nach der VGK-RL	404
B. Kriterien der Angemessenheit.	405
C. RL-konforme Auslegung des § 932 Abs 4 ABGB und des § 8 Abs 3 KSchG	407
D. Vereinbarkeit der Ausführungen über die Angemessenheitsgrenze mit Vorhersehbarkeitsregel?	412
E. Einwand des absolut unverhältnismäßigen Aufwandes durch den Verkäufer nach der WK-RL	419
IV. Zusammenfassung.	425
3. Teil: Mitverantwortung des Gläubigers bei der Haftung für Mangelfolgeschäden und Folgekosten	427
1. Kapitel: Mitverantwortung des Gläubigers bei der Haftung für Mangelfolgeschäden	429
I. Grundzüge von Mitverschulden und Schadensminderungsobliegenheit.	429
II. Abgrenzung zwischen Schadensminderungsobliegenheit und Mitverschulden	431
A. Zeitliches Moment.	433
B. Positive Kenntnis von den Umständen des drohenden Schadenseintrittes	435
III. Unterschiedliche Rechtsfolgen	442
A. Meinungsstand in der Literatur und Rechtsprechung	442
B. Abschwächung des Alles-oder-Nichts-Prinzips durch die Rechtsprechung	444
C. Stellungnahme	444
IV. Zwischenfazit	450
V. Mitverantwortung des Gläubigers bei der Haftung für Mangelfolgeschäden im CISG.	451
A. Grundzüge der Schadensminderungsobliegenheit und Mitverursachung .	451
B. Abgrenzung zwischen Schadensminderungsobliegenheit und Mitverursachung des Schadens.	454

2. Kapitel: Mitverantwortung des Gläubigers in Bezug auf die Handlungspflicht und den Kostenerstattungsanspruch	481
I. Vorgaben des Unionsrechts	481
A. Autonome Auslegung des Gutgläubigkeitskriteriums	483
B. Lückenfüllung durch Mitverschuldensregel als allgemeiner Rechtsgrundsatz	483
C. Vereinbarkeit der Mitverschuldensregel mit den Vorgaben des Unionsrechts und allgemeinen Prinzipien	486
D. Gutgläubigkeit als Tatbestandsvoraussetzung?	487
E. Berücksichtigung der Gutgläubigkeit bei der Kostenteilung	488
II. RL-konforme Auslegung	489
A. Verletzung einer Nebenpflicht?	489
B. „Weiterfressen des Mangels“	490
C. Zulässigkeit des Rückgriffs auf schadenersatzrechtliche Grundsätze	490
III. Analoge Anwendung des § 1304 ABGB auf die Handlungspflicht und den Kostenerstattungsanspruch	494
A. Meinungsstand in der Literatur	494
B. Stellungnahme	495
IV. Rechtslage nach der Warenkauf-RL	529
A. Grundlagen der Mitverantwortung des Käufers nach der WK-RL	529
B. Mitverantwortung des Käufers in Bezug auf Kostenerstattungsanspruch und Handlungspflicht	530
V. Zusammenfassung	535
Zusammenfassung der Ergebnisse	539
Stichwortverzeichnis	565

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	III
Inhaltsübersicht	V
Abkürzungsverzeichnis	XXIII
Literaturverzeichnis	XXIX

Einleitung	1
I. Einführung, Gegenstand der Arbeit, Themenabgrenzung, Herangehensweise.	1
II. Hauptforschungsfrage der Arbeit.	10
III. Methode der Arbeit und Rechtfertigung des Rechtsvergleiches.	11

1. Teil: Grundlagen der vertraglichen Haftung für Mangelfolgeschäden und für Folgekosten	15
---	----

1. Kapitel: Grundlagen der vertraglichen Haftung für Mangelfolgeschäden	17
--	----

I. Mangelfolgeschäden	17
II. Haftungsgrund – Rechtswidrigkeit	22
A. Leistungspflichtverletzung versus Schutz- und Sorgfaltspflichtverletzung.	22
1. Kritik an der Konstruktion der positiven Vertragsverletzung (pVV) ...	24
2. Ungültigkeit des Vertrages	27
3. Leistungspflichtverletzung	28
a) Erstreckung der Leistungspflichtverletzung auf Integritätsschäden .	28
b) Systematisches Argument in Bezug auf Folgeschäden infolge Nichterfüllung	29
B. Sorgfaltswidrigkeit.	30
1. Verhaltensunrechtslehre	31
2. Vereinbarkeit der Leistungspflichtverletzung als Rechtswidrigkeit mit dem Verhaltensunrecht?	32
3. Verschulden.	34
4. Interessensabwägung zur Beurteilung der Außerachtlassung der gehörigen Sorgfalt.	35
C. Vergleich mit dem CISG	38
1. Grundzüge der Haftung nach dem CISG.	38
2. Haftungsgrund	40
III. Schadensberechnung und Unterscheidung nach dem Haftungsgrund.	41
A. Grundzüge der Schadensberechnung	43
1. Objektiv-abstrakte Schadensberechnung	43
2. Subjektiv-konkrete Schadensberechnung	44
B. Zweck der objektiv-abstrakten Schadensberechnung.	44
1. Berechnungsmethode versus Berechnungshilfe	44
2. Rechtfertigung der objektiv-abstrakten Berechnung mittels Rechtsfortsetzungsgedankens.	46

3. Ausnahme: Aufwendungen zur Schadensbeseitigung als Integrationsinteresse	47
4. Stellungnahme	49
IV. Beweislastumkehr	51
V. Zurechnung des Verhaltens von Dritten	56
A. Grundzüge der Erfüllungsgehilfenhaftung	56
B. Haftung des Verkäufers/Werkunternehmers für das Herstellerver-	
schulden nach Rsp und hA	58
1. Übernahme spezifischer Herstellerpflichten	58
a) Meinungsstand in der Literatur	59
b) Judikatur	60
2. Einbeziehung in die Erfüllungshandlung	65
C. Haftung des Zwischenhändlers für Herstellerfehlverhalten –	
Vergleich mit dem CISG	66
1. Meinungsstand in der Literatur im autonomen österreichischen	
Recht	66
2. Entlastung nach Art 79 CISG durch Verhalten von Zulieferanten und	
Herstellern	67
a) Systematische Auslegung – Unterschiede zwischen Art 79 Abs 1	
und Abs 2 CISG	68
b) Abgrenzung der Risikosphären – Beherrschbarkeit des Risikos	
nach Art 79 Abs 1 CISG	69
c) Berücksichtigung des Verhaltens des Gläubigers und Auswahl-	
Kriterium	73
aa) Meinungsstand in der Literatur	73
bb) Stellungnahme	74
3. Stellungnahme zum autonomen österreichischen Recht unter	
Berücksichtigung rechtsvergleichender Ergebnisse	76
a) Konzeption der Einstandspflicht für Dritte	76
b) Risikobeherrschung	77
VI. Zusammenfassung	83
2. Kapitel: Grundlagen der gewährleistungsrechtlichen Haftung	
für Folgekosten	87
I. Abkehr vom bisher gefestigten Verständnis von Gewährleistung und	
Schadenersatz	87
A. EuGH Rechtsprechung	88
B. Rechtliche Beurteilung	89
C. Kritik an der Rechtsprechung	91
D. Untersuchung	92
II. Einführung in das Gewährleistungsrecht	92
III. Das Wesen des Nacherfüllungsanspruches	95
IV. Umsetzung der Rechtsprechung in das nationale Recht	97
A. RL-konforme Auslegung des § 932 Abs 2 ABGB in Bezug auf Aus- und	
Einbaukosten	98
1. Widerlegliche Vermutung des Umsetzungswillens	98
a) Meinungsübersicht	98
b) Stellungnahme	99
2. Auslegungsspielraum im Sinne der Vorrangregel	100

B. RL-konforme Auslegung des § 8 Abs 3 KSchG in Bezug auf Aus- und Einbaukosten	101
1. Meinungsstand in der Literatur	102
2. Stellungnahme	102
3. Zwischenfazit	104
V. Entkoppelung von Kostenersatz und Handlungspflicht – Ersatz von Transportkosten	105
A. Fälle	105
B. Handlungspflicht in Form der Transportlast und Nacherfüllungsort im ABGB	106
1. Anwendbarkeit des § 905 ABGB auf die Nacherfüllung	106
2. Deutsches Recht	108
3. Übertragung auf das österreichische Recht?	109
C. Entkoppelung der Transportlast von den Transportkosten im ABGB	111
1. Meinungsstand in der Literatur	111
2. Stellungnahme	113
D. Handlungspflicht in Form der Transportlast und Nacherfüllungsort im KSchG	114
1. Übergabe- und Destinationsort nach § 8 Abs 1 Z 1 KSchG	114
2. Belegenheitsort iSd § 8 Abs 1 Z 2 KSchG	115
3. Unionsrechtliche Vorgaben hinsichtlich des Nacherfüllungsortes/ Erhebliche Unannehmlichkeiten durch Transportlasten oder Nacherfüllungsort	117
a) EuGH-E Füllä/Toolport	117
b) Eigene Stellungnahme	119
4. Vereinbarkeit der Regelung des § 8 Abs 1 KSchG mit der VGK-RL	122
a) Maßgeblichkeit des Übergabe- oder Destinationsortes iSd § 8 Abs 1 Z 1 KSchG	122
b) Maßgeblichkeit des Belegenheitsorts und Untunlichkeit der Beförderung	123
c) Beurteilung der erheblichen Unannehmlichkeit in Fall 1 (Punkt A). ..	125
5. Exkurs: Ergänzende Vertragsauslegung im Hinblick auf § 905 Abs 1 ABGB	126
E. Entkoppelung von der Transportkostentragung im KSchG	128
1. Meinungsstand in der Literatur	128
2. Stellungnahme	129
a) Verschuldensunabhängige Transportkostentragung	129
b) Voraussetzung des Verlangens des Unternehmers?	130
c) Selbstvornahme	131
d) Vorschuss von Transportkosten	131
F. Zusammenfassung	134
G. Folgerungen für die weitergehende Untersuchung	135
VI. Kostenerstattungsanspruch	136
A. Rechtfertigung des verschuldensunabhängigen Ersatzes für bestimmte (Folge-)kosten	136
1. Rechtfertigung der Untersuchung	137
2. Rechtfertigungsansätze in der Literatur	140
3. Übertragung der Ergebnisse der ökonomischen Analyse des Rechts? ..	142
4. Rechtfertigungsansatz für den Kostenerstattungsanspruch unter Einbeziehung allgemeiner Prinzipien	144

B. Abstrakte Abgrenzung	153
1. Meinungsstand in der Literatur	153
2. Stellungnahme	154
C. Folgen für andere Folgekosten	156
1. Veränderungen der Sache	157
a) Meinungsstand in der Literatur	157
b) Stellungnahme	158
2. Aufwendungen zur Anmietung einer Ersatzsache	160
a) Notwendige Kosten iSd Art 3 Abs 4 VGK-RL?	160
aa) Meinungsstand in der Literatur	160
bb) Stellungnahme	161
b) Widerspruch zu Verzugsvorschriften	163
aa) Kurzer Überblick über das Regelwerk der Nichterfüllung	164
bb) Die vorbehaltlose Übernahme als Zäsur und die Spezialität des Gewährleistungsrechtes	165
cc) Wertungskonsistenz zwischen Gewährleistung und Verzug	167
dd) Subjektiver Schuldnerverzug	169
ee) Ersatz von Transportkosten	171
ff) Gleichbehandlung von Fällen der berechtigten Zurückweisung nach § 1413 ABGB und der Nacherfüllung?	171
gg) Allgemeine Prinzipien	173
c) Folgefragen	174
d) Pflicht des Übergebers auf Bereitstellung einer Ersatzlösung im Rahmen der Nacherfüllung	178
aa) Meinungsstand in der Literatur	178
bb) Eigene Stellungnahme	178
D. Zusammenfassung	180
VII. Verhältnis zwischen Handlungspflicht und Kostenerstattungsanspruch	181
A. Meinungsstand in der Literatur	181
B. Stellungnahme	183
1. Keine Ableitung aus § 8 Abs 2 KSchG	183
2. Primat der Nacherfüllung	184
3. Anwendung des Primats der Nacherfüllung auf das Wahlrecht	185
4. Konsistenz mit ähnlich gelagerten Folgekosten	186
5. Exkurs: Voreilige Selbstvornahme	188
6. Zusammenfassung	189
VIII. RL-konforme Auslegung bei überschießender Umsetzung	190
A. Anwendungsbereich der VGK-RL	191
B. Dual-Use-Verträge	191
1. Meinungsstand in der Literatur und Rsp	192
2. Stellungnahme	192
a) Grammatikalische und historische Auslegung	193
b) Systematische Auslegung	194
aa) Heranziehung der Rsp zum EuGVÜ – EuGH-E – Gruber/Bay Wa.	195
bb) Heranziehung der Verbraucherrechte-Richtlinie	196
(1) Bewertung der „Fertigparkett“-Entscheidung	196
(2) Voraussetzungen der rechtsaktübergreifenden Auslegung ..	197
(3) Relevanz der Begründungserwägungen?	199
(4) Kohärenz zwischen VGK-RL und VRRL	200

c) Teleologische Auslegung	203
d) Zwischenfazit	204
e) RL-konforme Auslegung und Überlegungen zum autonom- nationalen Recht	204
aa) Überblick über Verbraucherbegriff im KSchG	204
bb) RL-konforme Auslegung des § 1 Abs 1 Z 2 KSchG	206
cc) Überlegungen zur Überwiegsregel im autonom-nationalen Recht	207
dd) Anwendbarkeit der Zweifelsregel des § 344 UGB?	209
f) Rechtslage nach der WK-RL	211
g) Zusammenfassung	211
C. Gespaltene oder einheitliche Auslegung	213
1. Meinungsstand in der Literatur und Judikatur	213
2. Stellungnahme	215
IX. Rechtslage nach der Warenkauf-RL	218
A. Änderungen durch die Warenkauf-RL	218
B. Grundsatz der Vollharmonisierung	219
C. Erstreckung der gewährleistungsrechtlichen Nacherfüllungspflicht auf Folgekosten	220
1. Grundlagen	220
2. Teil der <i>Weber/Putz</i> -E als eigenständige Vorschrift	223
3. Weitere Folgekosten?	225
X. Vertragliche Haftung für Folgekosten nach dem CISG	227
A. Allgemeines zum Konzept der Nacherfüllung	227
1. Primat der Nacherfüllung	228
2. Ersatzlieferung und Nachbesserung	229
3. Verhältnis zwischen Art 46 Abs 2 CISG und Art 48 CISG	229
B. Haftung für Folgekosten am Beispiel von Aus- und Einbaukosten	230
1. Rechtsprechung	230
2. Methodische Begründung für die Erstattung der Kosten der Nacherfüllung	231
3. Umfang der Kostentragung	233
a) Wörtliche Auslegung	235
aa) Erstreckt sich der Ersatzlieferungsanspruch und die Mängel- behebung durch Ersatzlieferung auf den Aus- und Einbau?	235
bb) Kostenerstattung von Aus- und Einbaukosten	235
cc) Kosten = Auslagen?	236
b) Teleologische Auslegung	236
c) Systematische Auslegung	237
aa) Verhältnis zwischen Schadenersatz und Nacherfüllung	237
bb) Mangelnde Konsistenz in der Argumentation	238
C. Transportaufwendungen	239
1. Meinungsstand in der Literatur	239
2. Stellungnahme	240
D. Folgerungen	241

2. Teil: Begrenzung der vertraglichen Haftung für Mangelfolgeschäden und für Folgekosten	243
1. Kapitel: Die Vorhersehbarkeitsregel	247
I. Einführung in die Vorhersehbarkeitsregel nach Art 74 S 2 CISG	247
II. Maßstab an die Vorhersehbarkeit	249
III. Die Vorhersehbarkeitsregel als normative Begrenzung im CISG	251
A. Meinungsstand in der Literatur und Rechtsprechung	251
B. Stellungnahme zur Ableitung der Vertragsbezogenheit der Schutzzwecklehre aus der Vorhersehbarkeitsregel durch Rabel	252
1. <i>Hadley v Baxendale</i> Entscheidung zur englischen <i>contemplation rule</i>	253
2. Vertragsbezogener Ansatz der <i>contemplation rule</i>	256
a) <i>Achilleas Case</i>	257
b) Post-Achilleas-Entscheidungen	260
c) Methodische Begründung des vertragsorientierten Ansatzes	262
aa) Literal and purposive approach	263
bb) Implication of fact	264
cc) Vergleich mit rechtsvergleichender Literatur	266
C. Folgerungen für die normative Begrenzung im CISG	267
IV. Gegenstand der Vorhersehbarkeit – Entgelthöhe und Wertigkeit des Rechtsgutes	268
V. Exkurs: Die Vorhersehbarkeitsregel in Rechtsvereinheitlichungsprojekten	273
VI. Zwischenfazit	276
2. Kapitel: Begrenzung der Haftung im autonomen österreichischen Recht	277
I. Begrenzung der Zurechnung	277
II. Begrenzung der Haftung durch Verschulden? – Vergleich zwischen Verschulden und Vorhersehbarkeitsregel	278
A. Verschulden im autonomen österreichischen Recht	278
B. Verschulden im österreichischen Recht und Vergleich mit der Vorhersehbarkeitsregel	279
III. Begrenzung der Haftung durch Adäquanz	282
A. Grundzüge der Adäquanz	282
B. Perspektive	285
C. Wahrscheinlichkeitsgrad	286
D. Gegenstand der Vorhersehbarkeit	288
E. Zweck	289
F. Zwischenfazit	290
IV. Begrenzung der vertraglichen Haftung durch die Schutzzwecklehre	291
A. Grundzüge der Schutzzwecklehre	291
B. Das Verhältnis zwischen Adäquanz und Schutzzwecklehre	293
1. Meinungsstand in der Literatur	293
2. Stellungnahme	295
C. Schutzzwecklehre und Vorhersehbarkeitsregel	297
1. Meinungsstand in der Literatur	297
2. Stellungnahme	298
a) Verknüpfung der Vorhersehbarkeitsregel mit der verschuldens-unabhängigen Haftung?	298

b) Schutzzwecklehre in der Vertragshaftung und vertragsimmanente Risikoverteilung.....	300
c) Rechtsvergleichende Betrachtung	304
D. Kenntnis von ungewöhnlichem Risiko	306
1. OGH Judikatur	307
2. Dogmatische Einordnung.....	309
3. Informationsmitteilung über spezielle Umstände	310
E. Kritik	314
F. Gegenkritik.....	315
V. Flexibler Ansatz.....	316
A. Entgelthöhe.....	318
1. Abwägung mit dem Prinzip der Wertigkeit des Rechtsgutes	319
2. Massengeschäfte	322
3. Diskrepanz zwischen dem Gleichgewicht der Verantwortlichkeit und der Entgelthöhe.....	323
B. Vertragstypus und Verwendungszweck	326
1. Wissenszurechnung.....	326
2. Differenzierung zwischen Verbraucher- und Unternehmergeschäften ..	328
a) Vorhersehbarkeit des Verwendungszwecks.....	328
b) Geeignetheit der Vorhersehbarkeitsregel für Verbrauchergeschäfte?.....	329
3. Vertrauensgedanke und Sachkunde	330
4. Vorhersehbarkeit des Verwendungszweckes – Beispiel	332
C. Schwere des Verschuldens	334
1. Meinungsstand in der Literatur und Judikatur.....	334
2. Stellungnahme.....	335
D. Unkontrollierbarkeit der den Schadensumfang beeinflussbaren Umstände, Abhängigkeit des Schadensumfanges vom Willensentschluss des Dritten.....	339
1. Judikatur.....	339
2. Meinungsstand in der Literatur	340
3. Stellungnahme.....	340
a) Kenntnis vom Verwendungszweck	341
b) Unvorhersehbarkeit des Willensentschlusses	344
E. Abgrenzung zur Schadensminderungsobliegenheit	347
1. Vermischung zwischen Vorhersehbarkeitsregel/Schutzzwecklehre und Schadensminderungsobliegenheit?.....	347
2. Bestimmungswidrige Verwendung	350
F. Anwendung der Grundsätze der vertragsimmanenten Risikoverteilung auf Schutz- und Sorgfaltspflichten	351
1. Meinungsstand in der Literatur und Rechtsprechung.....	352
2. Stellungnahme.....	352
G. Exkurs: Geldersatz für immaterielle Schäden in der Vertragshaftung und Schutzzwecklehre.....	354
1. Grundzüge – Geldersatz für immaterielle Schäden in der Vertrags- haftung	354
2. Wert der besonderen Vorliebe nach § 1331 ABGB	356
3. Primärer Vertragszweck	357
a) Meinungsstand in der Literatur und Rechtsprechung.....	357
b) Stellungnahme.....	358

aa) Erkennbarkeit der immateriellen Interessen und deren Umfang oder Maßgeblichkeit des primären Vertragszwecks? . . .	359
bb) Hochzeitskleid-Fall	361
4. Erhebliche Beeinträchtigung	362
5. Bedeutung der Entgelthöhe	365
6. Möglichkeit des Abschlusses eines Deckungsgeschäftes	366
VI. Zwischenfazit	367
A. Rechtsvergleichende Folgerung	367
B. Flexibler Ansatz	367
VII. Vorhersehbarkeitsregel als Auslegungsregel – Fälle	369
A. Zahlung einer Vertragsstrafe aus Drittvertrag – Silotrennwandfall	370
B. Zahlung einer Vertragsstrafe aus Drittvertrag – Beherbergungsfall	372
C. Entgangener Weiterveräußerungsgewinn infolge Schlechterfüllung und Nichterfüllung	374
1. Meinungsstand in der Literatur	374
2. Stellungnahme	374
D. Mangelfolgeschäden infolge Abbruchs der Geschäftsbeziehung	376
E. Zwischenfazit	376
F. Aus- und Einbaukosten-Fälle	377
3. Kapitel: Begrenzung des Kostenerstattungsanspruches	379
I. Ableitung der Vorhersehbarkeitsregel aus den dem Kostenerstattungsanspruch zugrunde liegenden Prinzipien	380
II. Begrenzung der Haftung für Folgekosten nach dem Kriterium „gemäß Art und Verwendungszweck“	381
A. Meinungsstand in der Literatur und Meinung des Generalanwaltes	382
B. Stellungnahme	382
1. Autonome Auslegung der RL	382
2. Wirkung der EuGH-Entscheidung	383
3. Grammatikalische und historische Auslegung	384
4. Systematische Auslegung	385
a) Anforderungen an die Vertragsmäßigkeit iSd Art 2 VGK-RL	386
aa) Besonderer Verwendungszweck	387
bb) Gewöhnliche Verwendungszweck	390
b) Angemessenheit der Frist und erhebliche Unannehmlichkeiten	392
aa) Vereinbarter oder erkennbarer Zweck?	392
bb) Stellungnahme	393
5. Teleologische Auslegung	398
6. Zwischenfazit	400
7. Pflicht zur Vorlage zum EuGH	400
C. Umsetzung im nationalen Recht	401
D. Rechtslage nach der WK-RL	402
III. Begrenzung der Kostenerstattung bei unverhältnismäßigen Kosten	404
A. Vorgaben des Unionsrechts nach der VGK-RL	404
B. Kriterien der Angemessenheit	405
C. RL-konforme Auslegung des § 932 Abs 4 ABGB und des § 8 Abs 3 KSchG	407
1. Meinungsstand und Rechtsprechung	407
2. Stellungnahme	409

D. Vereinbarkeit der Ausführungen über die Angemessenheitsgrenze mit Vorhersehbarkeitsregel?	412
1. Bedeutung der Vertragswidrigkeit.	414
2. Wert des mangelfreien Verbrauchsgutes und Entgelthöhe.	416
3. Verschulden des Verkäufers	417
E. Einwand des absolut unverhältnismäßigen Aufwandes durch den Verkäufer nach der WK-RL.	419
1. Einwand des absolut unverhältnismäßigen Aufwandes und Haftung für Folgekosten, wie Aus- und Einbaukosten	419
2. Abwehr des Einwandes durch Kostenbeteiligung?.....	421
IV. Zusammenfassung.	425

3. Teil: Mitverantwortung des Gläubigers bei der Haftung für Mangelfolgeschäden und Folgekosten

427

1. Kapitel: Mitverantwortung des Gläubigers bei der Haftung für Mangelfolgeschäden

429

I. Grundzüge von Mitverschulden und Schadensminderungsobliegenheit	429
II. Abgrenzung zwischen Schadensminderungsobliegenheit und Mitverschulden	431
A. Zeitliches Moment.	433
B. Positive Kenntnis von den Umständen des drohenden Schadenseintrittes	435
1. Objektive Zumutbarkeit der Schadensminderungsmaßnahme	435
a) Gedanke der Gefahrenbeherrschung.	436
aa) Positive Kenntnis von den Umständen des drohenden Schadens	437
bb) Keine positive Kenntnis von den Umständen des drohenden Schadens	438
b) OGH Judikatur	438
c) Vorsorgemaßnahmen.	439
2. Subjektive Ebene.	440
III. Unterschiedliche Rechtsfolgen	442
A. Meinungsstand in der Literatur und Rechtsprechung	442
B. Abschwächung des Alles-oder-Nichts-Prinzips durch die Rechtsprechung	444
C. Stellungnahme	444
1. Dazwischentreten einer fremden Willensbetätigung und Schadensminderungsobliegenheit	445
2. Wertungsmäßige Unterschiede zwischen der Schadensminderungsobliegenheit und dem Mitverschulden.	448
3. Keine unterschiedlichen Rechtsfolgen	449
IV. Zwischenfazit	450
V. Mitverantwortung des Gläubigers bei der Haftung für Mangelfolgeschäden im CISG.	451
A. Grundzüge der Schadensminderungsobliegenheit und Mitverursachung	451
B. Abgrenzung zwischen Schadensminderungsobliegenheit und Mitverursachung des Schadens	454
1. BGH-Entscheidung Ton-Fall	454
2. Meinungsstand in der Literatur	456

3. Stellungnahme	457
a) Schadensminderungsobliegenheit	457
aa) Wörtliche Auslegung	457
bb) Historische und systematische Auslegung	458
cc) Teleologische Auslegung	459
(1) Erfüllungsverweigerung	459
(2) Betriebsausfallsversicherung	460
(3) Zwischenfazit	463
b) Analogie zu Art 80 CISG?	464
c) Lückenfüllung nach Art 7 Abs 2 CISG	464
d) Englisches Recht	466
4. Rechtsvergleich	473
a) Schadensminderungsobliegenheit – Präventionswirkung	474
b) Gefahrenbeherrschung – Möglichkeit der Schadensabwendung	474
c) Positive Kenntnis von den Umständen des drohenden Schadens	475
d) Mitverursachung des Schadens	476
e) Berücksichtigung des Vorbildrechts im Anwendungsbereich des CISG?	478
5. Internationale Regelwerke	478
6. Zusammenfassung	480

2. Kapitel: Mitverantwortung des Gläubigers in Bezug auf die Handlungspflicht und den Kostenerstattungsanspruch

I. Vorgaben des Unionsrechts	481
A. Autonome Auslegung des Gutgläubigkeitskriteriums	483
B. Lückenfüllung durch Mitverschuldensregel als allgemeiner Rechtsgrundsatz	483
C. Vereinbarkeit der Mitverschuldensregel mit den Vorgaben des Unionsrechts und allgemeinen Prinzipien	486
D. Gutgläubigkeit als Tatbestandsvoraussetzung?	487
E. Berücksichtigung der Gutgläubigkeit bei der Kostenteilung	488
II. RL-konforme Auslegung	489
A. Verletzung einer Nebenpflicht?	489
B. „Weiterfressen des Mangels“	490
C. Zulässigkeit des Rückgriffs auf schadenersatzrechtliche Grundsätze	490
1. RL-konforme Auslegung des § 8 Abs 3 KSchG bzw § 932 Abs 2 ABGB	491
a) Wörtliche Auslegung	491
b) Teleologische Auslegung	491
2. RL-konforme Rechtsfortbildung	494
III. Analoge Anwendung des § 1304 ABGB auf die Handlungspflicht und den Kostenerstattungsanspruch	494
A. Meinungsstand in der Literatur	494
B. Stellungnahme	495
1. Wertungswidersprüche zu anderen Bestimmungen?	496
2. Wertungswiderspruch zum Gewährleistungsausschluss iSd § 928 ABGB?	497
a) Obliegenheit zur Erkenntnisorgfalt	498
b) Positive Kenntnis vom Mangel	501
aa) Positive Kenntnis vom Mangel: Gewährleistungsausschluss	501

bb) Zusage der Mangelfreiheit und offenkundiger Mangel: kein Gewährleistungsausschluss	501
cc) Zusage der Mangelfreiheit und Kenntnis vom Mangel: Gewährleistungsausschluss	502
c) Übertragung auf Aus- und Einbau-Konstellation?	503
aa) Wertungsmäßige Unterschiede	504
bb) Herabsetzung der Sorgfaltsanforderungen	506
3. Geteilte Gewährleistung im Werkvertragsrecht	507
4. Verschlimmerung des Mangels	509
5. Analoge Anwendung des § 1304 ABGB auf den Nacherfüllungsanspruch	510
a) Meinungsstand in der Literatur	510
b) Deutsches Recht	511
c) Rechtsvergleich	512
d) Eigener Ansatz	513
6. PICC, PECL, DCFR, CESL CISG	516
7. Gewichtung der beiderseitigen Beiträge	518
a) Fehlen der Gleichartigkeit der Abwägungselemente	518
b) Anforderungen an die Sorgfaltsobliegenheit im Schadenersatzrecht	520
c) Sorgfaltsanforderungen beim Kostenerstattungsanspruch und der Handlungspflicht	523
d) Berücksichtigung der Schwere des Handlungsunwerts auf Seite des Verkäufers	526
8. Vereinbarkeit mit dem Unionsrecht	528
IV. Rechtslage nach der Warenkauf-RL	529
A. Grundlagen der Mitverantwortung des Käufers nach der WK-RL	529
B. Mitverantwortung des Käufers in Bezug auf Kostenerstattungsanspruch und Handlungspflicht	530
1. Das Kriterium des Offenbar werden	530
2. Rechtsfolgen	532
3. Abschließende Regelung?	533
4. Regelung im nationalen Recht	533
V. Zusammenfassung	535
Zusammenfassung der Ergebnisse	539
Stichwortverzeichnis	565